
Berliner Debatte Initial

1

16. Jg. 2005

Sozialismus auf dem Mars

Spehr

„Matrix“

Revolution und Transformation

Schrupp

Frauen und Aliens

Schmidt

Cyborgs in
„Dark Angel“

Figatowski

Stanisław Lem
Totalitarismuskritik

Busch

elektronische Sonderausgabe
Druckversion: ISBN 3-936382-38-7
Dritte dürfen die Datei weitergeben,
aber nicht verkaufen.
zertifiziert: www.berlinerdebatte.de

Aufbau Ost
Zielkorrektur

Liebe Leserinnen und Leser, sehr geehrte Damen und Herren,

mit dem vorliegenden Heft 1 des Jahres 2005 beginnen wir unseren 16. Jahrgang. Sie alle wissen, daß es schwerer geworden ist, Zeitschriften beim Publikum zu plazieren; auch wir leiden unter der Rationalisierung in den Bibliotheken und den finanziellen Engpässen einiger unserer Leser. Für die Hefte des laufenden Jahres können wir die Finanzierung mit Hilfe unseres Fördervereins „Berliner Debatte Initial e.V.“ sicherstellen. Den Mitgliedern und dem Präsidenten, Prof. Dr. Peter Ruben, sei dafür herzlich gedankt. Um die Zukunft der Zeitschrift auch über das Jahr 2005 hinaus sicherzustellen, ist es nötig, wenigstens 100 neue Abonnentinnen und Abonnenten zu gewinnen. Gleichzeitig werden wir auch den Verkauf im Buchhandel und über das Internet beleben.

Wir bitten Sie herzlich, uns bei der Gewinnung neuer Abonnenten zu helfen. Bitte überlegen Sie, wem Sie unsere Zeitschrift empfehlen können. Mit nur 35 € im Jahr keine sehr teure Sache. Vielleicht gibt es in Ihrem Freundes- und Bekanntenkreis Menschen, die an unseren Themen interessiert sind. Vielleicht können Sie in der einen oder anderen Bibliothek für ein Abonnement werben. Wenn möglichst jeder Leser versucht, ein neues Abo zu gewinnen, wäre die Zeitschrift für die nächsten Jahre sichergestellt.

Bitte schreiben Sie uns, wir sind an Ihrer Kritik und Ihren Vorschlägen sehr interessiert. Mailen Sie an unsere Leser- und Bestelladresse
leidenschaften@berlinerdebatte.de.

Vielen Dank und herzliche Grüße
Die Redaktion

www.berlinerdebatte.de

jetzt spezielle Angebote zum Thema Ostdeutschland und Informationen zum Workshop „Ostdeutschlandforschung“

Sozialismus auf dem Mars

– Zusammengestellt von Lutz Kirschner und Christoph Spehr –

Editorial	2		
<i>Christoph Spehr</i> „... daß früher oder später jemand gegen sie kämpfen muß.“ Revolution und Transformation in „Matrix“	4	<i>Antje Schrupp</i> Frauen und Aliens	43
<i>Annette Schlemm</i> Vom Mars zur Erde. Ein Plädoyer für die Aktualisierung des Utopischen	20	<i>Jakob Schmidt</i> Besorg dir ein Leben! Körperpolitik und Subjekt- konstruktion von Cyborgs in der Fernsehserie „Dark Angel“	55
<i>Wladislaw Hedeler</i> Alexander Bogdanows Mars-Romane als kommunistische Utopie	29	<i>Bartholomäus Figatowski</i> Antich, Betrisierung und Chemokratie. Stanisław Lems literarisches ABC des Totalitarismus und seiner Tarnkappen	65
<hr/>			
<i>Ulrich Busch</i> Aufbau Ost – Bilanz und Perspektiven	79	Christine Hannemann: Marginalisierte Städte. Probleme, Differenzierungen und Chancen ostdeutscher Kleinstädte im Schrumpfungsprozeß Rezensiert von <i>Bettina Reimann</i>	107
<i>Jannis Johann</i> Reföderalisierung vs. Zentralisierung. Die Debatte um den Kulturföderalismus	91	Klaus Roth: Genealogie des Staates. Prämissen des neuzeitlichen Politikdenkens Rezensiert von <i>Friedrich Tomberg</i>	109
Besprechungen und Rezensionen		Ankündigung VI. Internationaler Kongreß für Inter- kulturelle Philosophie „Dominanz der Kulturen und Interkulturalität“	54
Frank den Hertog: Minderheit im eigenen Land? Zur gesellschaftlichen Position der Ostdeutschen in der gesamtdeutschen Realität Rezensiert von <i>Jörg Nicht</i>	104		

Editorial

Es macht Sinn, sich für Science Fiction zu interessieren. Sie eignet sich in besonderer Weise dazu, Utopien auszuprobieren und Veränderungen gesellschaftlicher Zustände, bedrohliche wie für notwendig gehaltene, zu diskutieren. Als Teil der populären Kultur ist sie zugleich rückgekoppelt an Alltagserfahrungen, lebt vom Interesse am wirklichen Menschen, seinen Ängsten und Sehnsüchten. Die wirkungsmächtigen Werke solcher Klassiker des Genres wie beispielsweise H.G. Wells, George Orwell und Ray Bradbury stehen für emanzipatorische Ansprüche. In den 1970er Jahren war Science Fiction *die* Brutstätte literarischer feministisch-sozialistischer oder feministisch-anarchistischer Utopien; Joanna Russ, Ursula LeGuin oder Marge Piercy sind nur die bekanntesten Autorinnen. Viele Künstlerinnen und Künstler haben mit Science Fiction zumindest phasenweise experimentiert, von Gerhard Gundermann bis zu Rainer Werner Fassbinder. Und umgekehrt gehört es für Geisteswissenschaftler heute fast schon zum guten Ton, sich mit Science Fiction zu beschäftigen oder ihr Beispiele zu entleihen – von Zizek bis Negri und Hardt.

Seit der Italiener Giovanni Schiaparelli 1877 das entdeckte, was er für Kanäle auf dem Mars hielt, wurde der rote Planet zum bevorzugten Ort der Erfindung fremder Zivilisationen. So unterschiedliche Autoren wie Kurd Laßwitz, Alexander Bogdanow, der Tarzan-Erfinder Edgar Rice Burroughs und Alexej Tolstoi wirkten an der Vorstellung vom „Marsmenschen“ mit. Während die Mondfahrt vorrangig etwas für technische interessierte Science Fiction war, war der Mars das Thema

für gesellschaftswissenschaftlich ambitionierte. Der rote Planet erlebte in den 1990er Jahren ein außerordentliches Revival, diesmal auf der Basis des Terraforming, der sozial-ökologischen Umwandlung in eine für Menschen bewohnbare Welt. Das interessanteste Werk dieser Welle ist die Mars-Trilogie von Kim Stanley Robinson, die das Spektrum sozialistischer und anarchistischer Theorieströmungen und Realexperimente umfassend aufgenommen hat.

Der Initial-Schwerpunkt *Sozialismus auf dem Mars* handelt von Science-Fiction-Expeditionen in die Welt der Utopien, des Massenbewußtseins, der kollektiven Sehnsüchte und Erfahrungen. *Christoph Spehr* untersucht die filmische Rezeption von Revolutions- und Transformationstheorie in „Matrix“. *Annette Schlemm* entwickelt, sich u.a. beziehend auf Kim Stanley Robinsons Mars-Trilogie, Umrisse einer zeitgenössischen emanzipatorischen Utopie. *Wladislaw Hedeler* analysiert Bogdanows Mars-Romane und ihr Verhältnis zu dessen politischen und wissenschaftlichen Aktivitäten. *Antje Schrupp* geht den Veränderungen von Frauendarstellungen in Science Fiction und den Wandlungen im Feminismus nach. *Jakob Schmidt* zeigt anhand der TV-Serie „Dark Angel“, einem kapitalismuskritischen Highlight aus der Schmiede des „Terminator“-Erfinders James Cameron, die Widersprüche zwischen Utopien künstlich veränderter Körper und den Identitätssehnsüchten ihrer Träger. *Bartholomäus Figatowski* schließlich befaßt sich mit den „soziologischen Modellbildungen“ in zwei zentralen Romanen von Stanislaw Lem und arbeitet deren totalitarismuskritische Implikationen heraus.

Fast alle Beiträge sind aus Vorträgen des vierten „Out of this world“-Kongresses hervorgegangen, der vom 1. bis 3. Oktober 2004 in Berlin stattfand. „Out of this world“ ist eine Kongreßreihe und ein Projektzusammenhang, der sich den Verbindungen zwischen Science Fiction, Politik und Utopie verschrieben hat. Getragen wird das Projekt von Intkom e.V. Bremen in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Die Beiträge der ersten drei Kongresse sind in zwei Buchveröffentlichungen erschienen¹, dieses Initial-Heft tritt ihre Nachfolge an. Der nächste Kongreß ist für das Frühjahr 2006 geplant.²

Lutz Kirschner, Christoph Spehr

Anmerkungen

- 1 Petra Mayerhofer, Christoph Spehr (Hg.): Out of this world! Beiträge zu Science-Fiction, Politik & Utopie, Hamburg 2002; Lutz Kirschner, Christoph Spehr (Hg.): Out of this world! reloaded, Neue Beiträge zu Science-Fiction, Politik & Utopie, Berlin 2004.
- 2 Aktuelle Informationen über: <http://ootw4.org>

„Ostdeutschland“ in *Berliner Debatte Initial*

Seit ihrer Gründung widmet die Zeitschrift dem Thema *Ostdeutschland* besondere Aufmerksamkeit. In den kommenden Heften wollen wir dieses Thema weiter ausbauen. Wir haben uns vorgenommen, alle wichtigen sozialwissenschaftlichen Befunde, Diskussionen und Probleme aufzugreifen, die sich dem gesellschaftlichen Wandel, dem Aufbau Ost und der Rolle des Ostens in Deutschland und Europa widmen. Insbesondere wollen wir mit eigenen Beiträgen in die Debatten um Stagnation und Fortschritt, um den Umbau der Arbeitsgesellschaft, die demographischen Veränderungen, die Probleme des Schrumpfens eingreifen.

Berliner Debatte Initial arbeitet im Netzwerk Ostdeutschlandforschung mit und moderiert eine Informationsseite zur sozialwissenschaftlichen Forschung über Ostdeutschland im Internet. Ein- bis zweimal jährlich wird ein Forschungsbericht „Ostdeutschland“ erscheinen, der problemorientiert wichtige Beiträge aber auch Forschungsdesiderata aufzeigen wird. Vorgesehen ist auch eine Jahres-CD mit wichtigen Beiträgen zur Ostdeutschlandforschung. Damit soll dem derzeitigen „Rückbau“ der Ostdeutschlandforschung entgegengewirkt werden.

Die Informationsseite wollen wir unter Mitwirkung von Lesern gestalten. Sie können ihre Hinweise und Kommentare zu wichtigen Publikationen, Projekten und Forschungsergebnissen künftig an die E-Mailadresse ostdeutschland@berlinerdebatte.de schicken, und Sie werden aktuelle Informationen im Internet (www.ostdeutschlandforschung.de) finden können.

Am 8. April 2005 findet der erste Workshop des Netzwerks Ostdeutschlandforschung statt. Informieren Sie sich auf unserer Webseite. Dort können Sie auch das Call for Papers und die dazu eingegangenen Beiträge lesen bzw. herunterladen.

Rainer Land

Frank den Hertog:

Minderheit im eigenen Land?

Zur gesellschaftlichen Position
der Ostdeutschen in der
gesamtdutschen Realität

Rezensiert von Jörg Nicht

1995. Ein Hochhaus am Ernst-Reuter-Platz in Berlin. In einem Workshop sitzen junge Wissenschaftler und diskutieren über die Funktion und Gestaltung des Alexanderplatzes. Der damaligen Topographie zufolge bedeutet das: In Westberlin wird über einen der zentralen Orte Ostberlins debattiert, und zwar ausschließlich von Westdeutschen. Die wohnen – so sie Studierende sind – zum großen Teil in den Bezirken Prenzlauer Berg oder Friedrichshain, also im Osten der Stadt. Wenn sie jedoch vom Osten reden, dann reden sie von „drüben“. Befreundet sind die jungen Westdeutschen mit anderen Westdeutschen und Westeuropäern, selten mit Ostdeutschen.

Der Niederländer Frank den Hertog wundert sich über die alltägliche Distanz zwischen Ost und West und über die verwirrenden Sprachgepflogenheiten. Der Workshop am Ernst-Reuter-Platz und weitere irritierende Erfahrungen verstärken bei ihm den Eindruck, daß Ostdeutsche im wiedervereinigten Deutschland politisch, ökonomisch und sozial marginalisiert sind. Inwieweit der subjektive Eindruck richtig ist, versucht Hertog in seiner Untersuchung zu klären, indem er den Ostteil Berlins und Chemnitz vergleicht. Es ist gleichsam der Blick eines Außenstehenden und Fremden auf ein Land, das sich aus zwei Staaten zusammenfügt.

Als Qualifikationsarbeit folgt die Studie im wesentlichen deren strukturellen Konditionen: Nach einer Begriffsbestimmung werden die Untersuchungseinheiten erläutert und anschließend analysiert. Der zentrale Terminus der Arbeit lautet *ethnoregionale Gruppe*; ein Begriff, der – so Hertog – ‚absonderlich‘ er-

scheinen mag. Mit diesem Begriff soll sowohl eine ethnische als auch eine regionale Zugehörigkeit erfaßt werden. Eine ethnoregionale Gruppe vermittele ihren Mitgliedern das Gefühl emotionaler bzw. materieller Sicherheit und gewährleiste gruppeninterne Solidarität und moralische Kontinuität. Weiterhin kann eine ethnoregionale Gruppe durch ihre direkte Opposition zu mindestens einem ‚Anderen‘ – einer anderen ethnoregionalen Gruppe oder einer Nation – charakterisiert werden (39). Den Begriff der ethnoregionalen Gruppe setzt Hertog in Beziehung zum Begriff der Minderheit. Zwar seien sowohl ethnoregionale Gruppe als auch Minderheit (objektiv) benachteiligt; im Unterschied zur ethnoregionalen Gruppe erfahre eine Minderheit diese Benachteiligung über mehrere Generationen und konstituiere sich über die Herkunft qua Geburt. Ob hingegen eine Gruppe benachteiligt wird, zeige sich an ihrem Zugang zu drei Basisrechten und deren Institutionen. Als Basisrechte gelten Bürgerrechte (Meinungsfreiheit, Recht auf Eigentum), politische Rechte (Stimmrecht, Zugang zur öffentlichen Verwaltung) sowie soziale Rechte (Recht auf gleichwertigen Zugang zu wirtschaftlichem Wohlstand; 40f.)

Frank den Hertog fragt nun, ob sich in Ostdeutschland solche Minderheiten identifizieren lassen oder ob die Ostdeutschen sich lediglich kulturell unterscheiden – ansonsten aber in die deutsche Nation integriert sind (41). Diese Frage läßt sich – vom Autor nicht immer streng analytisch getrennt – in drei Fragen aufsplitten: 1. Inwieweit sind Ostdeutsche integriert? 2. Hat sich eine ethnoregionale oder regionale Identität herausgebildet? 3. In welchem Bezug stehen solche Identitätsprozesse zu einer kollektiv-nationalen Loyalität? (63)

Im empirischen Teil des Buches ist von Minderheit im Sinne einer *ethnoregionalen Minderheit* die Rede. Allerdings kann der Nachweis, daß eine systematische Benachteiligung der Ostdeutschen über mehrere Generationen anhält, (noch) nicht erbracht werden. Insofern ist die im Titel gestellte Frage irreführend.

Als erstem Untersuchungsbereich nähert sich Hertog dem Feld der Politik. Anhand der Zusammensetzung der Parteien, der Wahlergebnisse und der Interviewpassagen

arbeitet er eine quantitative wie qualitative Überlegenheit von Westdeutschen in demokratischen Institutionen heraus. Insbesondere Schlüsselpositionen (Ministerpräsidenten, Minister und Oberbürgermeister) wurden in Ostdeutschland von Westdeutschen eingenommen. In Berlin sei die Überlegenheit der Westberliner zunächst akzeptiert worden, da sie über einen Wissens- und Erfahrungsvorsprung im Umgang mit dem demokratischen System verfügten. Die Dominanz habe mit der Zeit eine Umwertung erfahren und sei nun als ‚interner Kolonialismus‘ bewertet worden (135f.). Die Wahlerfolge der PDS führten (bis 2001) zu keiner verhältnismäßigen Repräsentation der Ostberliner Bevölkerung im Senat (145). Anders die Beschreibung der politischen Situation, die Hertog für Chemnitz liefert: Da dort die Sachthemen und deren kooperative Bearbeitung im Vordergrund stünden und sich zudem die Bevölkerung kaum politisch beteilige, werde die quantitative Hegemonie der Westdeutschen in den politischen Spitzenpositionen kaum als problematisch empfunden.

Dieses Ergebnis zeigt sich auch bei der Betrachtung des Wirtschaftssektors. Als primärer Indikator für das wirtschaftliche Zusammenwachsen dient Hertog die quantitative Beteiligung der Ostdeutschen am Arbeitsmarkt. Bislang ist es, so das generelle Fazit, nicht gelungen, vergleichbare Konditionen in beiden Landesteilen zu schaffen. Der Ungleichheitsbefund mag für sich genommen kaum überraschen, dient Hertog aber als Ausgangspunkt für einen Vergleich des Arbeitsmarktes, wie ihn Berliner und Chemnitzer erleben. Während die Berliner pendeln (können), bleibt den Chemnitzern nichts anderes übrig – der Westen ist zu weit weg – als auf dem heimischen Arbeitsmarkt eine Anstellung zu finden oder die Region ganz zu verlassen und dauerhaft in Westdeutschland zu arbeiten. Für Ostberliner wird die Ungleichheit – geringerer Verdienst im Vergleich zu ihren westdeutschen Kollegen – täglich manifest; die Chemnitzer verdienen letztlich alle das gleiche, wenn auch weniger als die Ostberliner. Erwartbar sei, daß sich West- und Ostberliner als gemeinsame Gruppe definieren. Aber der alltägliche Kontakt zwischen ost- und westdeutschen Erwerbstätigen

habe zu einer ethnoregionalen Identifikation der Ostberliner geführt, die sich von den Westberlinern abgrenzen (205). Die Herkunft sei im Berliner Alltag von viel größerer Bedeutung als in Chemnitz (271).

Hertogs Betrachtung der Bereiche Politik und Arbeit ergibt eine Tendenz: Die Ausgangs- bzw. Rahmenbedingungen in Ostdeutschland schienen zunächst ähnlich zu sein; aber inzwischen haben die beiden Regionen Ostberlin und Chemnitz eine unterschiedliche Entwicklung durchlaufen. Ostdeutschland generell sei, bei genauerer Betrachtung, in sich keine homogene Region (mehr). Und die Wahrnehmung der eigenen Situation, der Position am Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft, fällt höchst unterschiedlich aus. Anhand des Bildungssektors arbeitet Hertog heraus, daß die unterschiedliche Wahrnehmung der gesellschaftlichen Position nicht nur strukturelle Gründe hat, wie die Betrachtung der Bereiche Politik und Wirtschaft nahe legt, sondern sich wesentlich über regionale Identitätsentwicklung vollzieht. Die fehlende Gesamtberliner Identität lasse sich zurückführen auf die Entscheidung, Ostberlin institutionell nach Westberliner Muster zu gestalten. Für den Bildungssektor bedeute dies: Auf die Ostberliner Schulen wurde das Westberliner Schulmodell mit seiner viergliedrigen Schulstruktur und den Rahmenplänen übertragen (222f.). Innerschulische Reformprozesse fanden durch den Einigungsvertrag ein jähes Ende (232).

Sachsen ging einen völlig anderen Weg und kann als Gegenmodell zu Berlin gelesen werden: Man entwickelte mit einem zweigliedrigen Schulsystem (bestehend aus Mittelschule und Gymnasium) ein für die BRD neues Modell, das der Idee einer ‚Einheitsschule‘, wie man sie in der DDR umzusetzen versuchte, ähnelt. Gerade die Kombination von Altem und Neuem habe etwas Eigenständiges entstehen lassen und die Identifikation mit dem Land Sachsen und seinem Schulsystem begünstigt. Diese sei schließlich entscheidender als die rechtliche und finanzielle Benachteiligung gegenüber LehrerInnen in Westdeutschland. Die föderale Struktur der Bundesrepublik (in Form der Bildungshoheit der Länder) wurde insofern von Sachsen erfolgreich genutzt. Den Freistaat

kennzeichne eine ethnoregionale Identität, die insbesondere durch die ‚Lehrpläne‘ gestärkt wurde: Sachsen biete das primäre Identifikationsmuster, die Bundesrepublik ein schwächeres (254). Gestapeltes und überlappendes Identitätsempfinden sind charakteristisch für die alte Bundesrepublik. Sie lassen sich nun auch für die Neuen Länder nachweisen. Solche Identitäten beugen, so Hertogs Überlegung, einer Mobilisierung ethnoregionaler ostdeutscher Bewegungen vor (274).

Die Bildung einer ostdeutschen Identität werde gerade dort gedämpft, wo lokale und branchentypische Kontexte Raum für ‚Integrationsprozesse‘ lassen, in denen sowohl eigene, regionale Besonderheiten eine Rolle spielen als auch Personen ‚ostdeutscher Herkunft‘ gefragt sind. Der abschließende Befund der Studie lautet, daß sich die Chemnitzer – trotz der statistisch belegbaren Defizite – auch im innerostdeutschen Vergleich als weniger benachteiligt und marginalisiert empfinden. Die sächsische Identitätspolitik – die vom Ministerpräsidenten als Landesvater über dessen Gattin als Landesmutter (und Patin von Autobahntunneln) bis hin zu den auf Sachsen ausgerichteten Lehrplänen reicht – scheint erfolgreicher zu sein als die schlichte Übernahme Ostberlins durch die Westberliner Bürokratie. Die Analyse der beiden Fälle zeigt, daß das immer wieder in der Diskussion stehende föderale Konzept enorme Leistungen zuläßt. De facto habe eine Angliederung der DDR stattgefunden, doch war diese Angliederung dort am erfolgreichsten, wo man regionenspezifische Wege fand, wo Freiräume vorhanden waren, die ostdeutsche mit westdeutschen Akteuren gemeinsam nutzen konnten. Der Bildungssektor ist für Hertog das Paradebeispiel und in bezug auf Chemnitz ein Erfolgsmodell.

Die Ergebnisse der Studie sind nicht immer schlüssig und methodisch gesichert hergeleitet. So läßt sich zwar anhand von Statistiken eine Benachteiligung bestimmter Gruppen nachvollziehen, doch werden die Interviews häufig nur zur Illustration von Behauptungen eingesetzt. Weder die Auswahl der Interviewten (‚Schneeballprinzip‘, 75) noch die Auswertung einschließlich der Verknüpfung mit den quantitativen Daten entsprechen dem heutigen Stand

sozialwissenschaftlicher Forschung. Die bloße Erwähnung eines Leitfadens reicht nicht aus. Ungenauigkeiten, die zum Teil der Breite der Untersuchung geschuldet sind, und inhaltliche Fehler komplettieren das Bild eines unzureichenden methodischen Vorgehens.

Die Stärke des Buches liegt allerdings in der kühlen Perspektive, aus der der Positionierung der Ostdeutschen nachgegangen wird. Der ‚Außenstehende‘ verfällt nie in einen moralischen Tonfall, sondern benennt schlicht die Gründe für Entwicklungen, ohne sie zu werten oder polemisch über die eine oder die andere Seite zu richten. Die Studie legt den Schluß nahe, daß die Ostdeutschen keine homogene Gruppe darstellen. Nicht von *der* gesellschaftlichen Position der Ostdeutschen kann gesprochen werden, sondern von verschiedenen gesellschaftlichen Positionen in einer regional geprägten gesamtdeutschen Realität. Daraus läßt sich die Frage ableiten, in welchem Kontext die Ostdeutschen überhaupt als Gruppe erscheinen. Oder sind „die Ostdeutschen“ vielleicht nur eine Konstruktion?

Frank den Hertog: Minderheit im eigenen Land? Zur gesellschaftlichen Position der Ostdeutschen in der gesamtdeutschen Realität. Frankfurt a.M., New York: Campus 2004, 298 Seiten

Christine Hannemann:

Marginalisierte Städte

Probleme, Differenzierungen
und Chancen ostdeutscher Kleinstädte
im Schrumpfungsprozess

Rezensiert von Bettina Reimann

Als Mitte der 1980er Jahre zum ersten Mal von städtischen Schrumpfungprozessen die Rede war, als die Möglichkeit ins Auge gefaßt wurde, daß deutsche Städte und Regionen dauerhaft Einwohner und Arbeitsplätze verlieren könnten, erschien dies als unerhörte und provokante Behauptung, die Widerspruch produzierte. Die inzwischen unabwiesbare Tatsache städtischer Schrumpfung erscheint (zuweilen immer noch) so schockierend, weil Wachstum und Stadt untrennbar verbunden schienen. Vor allem der Begriff Schrumpfung stößt noch heute auf Ablehnung, signalisiert er doch im populären Verständnis nicht nur Rückgang, sondern darüber hinaus Fehlentwicklung. Schrumpfung gilt als eine Niederlage der Stadtpolitik und geht einher mit einer Stigmatisierung der Stadt oder Region. Mit Blick auf die Folgen der demographischen Entwicklung, der regionalen Wanderungen und des Suburbanisierungsprozesses zeichnet sich mittlerweile jedoch ein breiter Konsens ab, daß Schrumpfung eine langfristige Perspektive für einzelne Städte ist. Erst diese Akzeptanz einer neuen Normalität und damit eines neuen Musters in der Stadtentwicklung erlaubt, angemessene Strategien und Handlungsoptionen für schrumpfende Städte zu entwickeln.

Schrumpfende Städte liegen nach Vorstellung vieler in der ostdeutschen Provinz, ungeachtet dessen, daß die Schrumpfung längst Städte und Regionen in den alten Bundesländern erreicht hat. Insbesondere periphere ostdeutsche Kleinstädte gelten häufig als perspektivlos und entwicklungslahm; empirisch belegt werden diese allgemeinen Einschätzungen nicht immer. Es ist das besondere Verdienst von Christine Hannemann, in ihrer neuesten Veröffentlichung

den genannten Untersuchungsgegenstand einer differenzierten Betrachtung zu unterwerfen. Sie zeigt, daß ostdeutsche Kleinstädte im Schrumpfungsprozeß keineswegs ausschließlich negativ und somit als Problem zu bewerten sind, sondern neben Problemen auch Potentiale und Chancen haben.

Die Kleinstädte werden anhand von vier Orten exemplarisch untersucht: Angermünde, Bad Wilsnack, Goldberg und Teterow. Diese Städte liegen innerhalb eines Typus ländlicher Räume Deutschlands, der im Raumentwicklungskonzept als „strukturschwacher, ländlicher Raum ohne nennenswerte Entwicklungspotentiale“ bezeichnet wird (14). Gekennzeichnet ist dieser Raum durch die Kumulation geringer Siedlungsdichte, hoher Arbeitslosigkeit und unbedeutender Investitionstätigkeit. Mit dem ihr eigenen differenzierten Blick gelingt Hannemann etwas nicht Selbstverständliches: Sie weist nach, daß pauschale Kategorien für ostdeutsche Kleinstädte zu kurz greifen. Wenig empirische Kenntnisse geschweige denn eine kohärente Definition liegen bislang für die Kleinstadt vor. Vielmehr wirkt die Kleinstadt, so Hannemann, „polarisierend und emotionalisierend: Die einen verbinden mit diesem Stadttyp eine unrealistische Idylle, die anderen sehen in ihr den Ort jeglicher Rückständigkeit. Kaum jemand macht sich die Mühe, die tatsächlichen Lebensverhältnisse wahrzunehmen“ (18). Die Aufbereitung der empirischen Ergebnisse sensibilisiert für Unterschiede: Schrumpfen ist nicht gleich Schrumpfen, schrumpfende Kleinstadt ist nicht gleich schrumpfende Kleinstadt. So banal dies klingt, so wenig selbstverständlich waren diese Aussagen bislang für Stadtforschung und Stadtentwicklungspolitik.

Hannemann widmet sich ihrem Untersuchungsgegenstand sorgfältig. Sie zeichnet die geschichtliche Entwicklung der Kleinstädte vom Mittelalter über die Neuzeit, die Industrialisierung, die DDR- und Nachwendezeit in drei Marginalisierungsschüben nach. Es gelingt ihr, „die neue Qualität der Schrumpfungsprozesse in Ostdeutschland“ anhand der Konvergenz und wechselseitigen Verstärkung verschiedener Rückbildungsprozesse herauszuarbeiten. „Deökonomisierung, Depopulation und Deurbanisierung erzeugen verkoppelt mit

dem Abbau sozialstaatlicher Auffangmechanismen eine Abwärtsspirale, die als strukturelle Schrumpfung alle städtischen Lebensprozesse erfaßt“ (97).

Hannemann ist in ihrer Analyse und den Schlußfolgerungen nüchtern und zugleich – durch die empirischen Kenntnisse – dicht am Untersuchungsgegenstand und seinen vielfältigen Realitäten. Die Autorin macht verschiedene „Typen der Schrumpfstadt“ (213) aus. Bei zwei der vier untersuchten Städte – Bad Wilsnack und Teterow – finden sich Ansätze einer neu entstehenden wirtschaftlichen Basis. Goldberg und Angermünde verzeichnen hingegen in den letzten Jahren eine deutlich negativere Entwicklung. Zwei Richtungen werden demnach ausgemacht: zum einen Städte, bei denen eine Trendwende identifiziert werden kann, und andere, bei denen diese nicht zu beobachten ist. Unter Trendwende versteht Hannemann nicht eine neue Wachstumsdynamik, sondern „ein Bremsen des Abbaus und eine Stabilisierung der wirtschaftlichen Basis der jeweiligen Stadt“ (214). Der besondere Zugang der Autorin zu der Typenbildung liegt darin, daß sie diese Typendifferenz nicht nur in der strukturellen Dimension der Deökonomisierung verortet, sondern auch in der jeweiligen Nutzung von endogenen Potentialen durch die Stadtgesellschaft und lokale Eliten. Demnach hat die jeweilige Stadtgesellschaft ein unterschiedliches Problembewältigungspotential für den Umgang mit der Schrumpfungssituation. Im Anschluß an die neuere Diskussion von Sozialkapital schlägt Hannemann vor, „die entscheidende strukturelle Voraussetzung kommunaler, selbst gesteuerter Entwicklung mit den Konzept des ‚lokalen Sozialkapitals‘“ zu bestimmen (300f.). „Indem in sozial kleinräumlich verorteten Zusammenhängen die Bindungskraft von gemeinschaftlichen Qualitäten untersucht wird, kann die Frage nach dem Ort von Sozialkapital auf existierende Siedlungsstrukturen bezogen und dadurch konkretisiert werden“ (317). Hannemann geht davon aus, daß sich Städte nicht einfach auf einen positiven Entwicklungspfad bringen lassen, wenn lediglich Bündel von Standortfaktoren bestimmt werden. „Impulse können eher durch die Aktivierung endogener Potentiale als durch externe geschaffen

werden“ (320). Ein angemessener Bestand an Sozialkapital könne sich jedoch als Antriebskraft für die wirtschaftliche Entwicklung erweisen. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, daß die ökonomisch erfolgreichere Entwicklung in denjenigen Städten zu beobachten ist, in denen sich Vertrauensnetzwerke am schnellsten und am effizientesten entwickelt haben und ein rechtzeitig gebildeter, leistungsfähiger Verbund von lokalen Akteuren stadtentwicklungspolitisch relevante Entscheidungen trifft und trägt.

Kleinstädte, das hebt Hannemann hervor, sind etwas Besonderes und bringen etwas Besonderes hervor: eine „Kultur der Marginalität“. Ihre „Dauerbenachteiligung“ bewirke eine „Ausformung und Rückbesinnung auf Qualitäten, die zu einer Persistenz der sozialen Netze trotz Marginalisierung des Stadttyps“ (311) beitrage. Diese Kultur der Marginalität reproduziere nicht die negativen Rahmenbedingungen, sondern entwickle Interaktionsformen und Institutionengefüge, die aus den begrenzten Ressourcen ein Maximum an kollektiver Lebensbewältigung herausholen. „Kultur der Marginalität ist eine kollektive Coping-Strategy und nicht eine Kultur des Scheiterns“ (312).

„Marginalisierte Städte“ ist ein Buch, das die Stadtforschung in zwei Aspekten bereichert. Es illustriert die Schrumpfung als auch die Kleinstadt mit Fakten und einer konzeptionellen Rahmung, wodurch Differenzierungen in besonderem Maße verdeutlicht werden. Gleichzeitig werden die Kleinstädte aus einer doppelten Marginalisierung, der räumlichen und der wissenschaftlichen, herausgelöst. Christine Hannemann wirkt mit dieser Annäherung an ostdeutsche Kleinstädte falschen Bildern und Vorstellungen entgegen und legt gleichzeitig den Grundstein für eine Soziologie der Kleinstädte. Sie hat damit Neuland betreten und das Feld gut bestellt.

Christine Hannemann: Marginalisierte Städte. Probleme, Differenzierungen und Chancen ostdeutscher Kleinstädte im Schrumpfungsprozess. Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag 2004, 381 Seiten

Klaus Roth:

Genealogie des Staates

Prämissen des
neuzeitlichen Politikdenkens

Rezensiert von Friedrich Tomberg

Die Linke hat über den Staat umlernen müssen. Als Instrument der Herrschenden in der Geschichte wohlbekannt, erwies er sich jüngst als jene zunehmend hilfloser werdende und oft auch fehlgelenkte Bürgerwehr gegen die sozialen Auswirkungen der Globalisierung, an der gerade den unteren Schichten gelegen sein muß. Absterben wird er in naher Zukunft gewiß nicht. Vielmehr ballen sich in der ganzen Welt Staaten zu größeren Machtkomplexen zusammen, die, wenn sie nicht übereinander herfallen sollen, sich wohl auf eine Art Weltstaatenbund verständigen müssen, womit den Bürgern der Weltgesellschaft wieder eine Chance gegeben sein könnte, die Hemmungslosigkeit des globalen Kapitalismus zu zügeln und auf bessere Formen des weltweiten Zusammenlebens hinzuarbeiten.

Eine Untersuchung über die Formen, in denen der Staat von den Anfängen an seine Gemeinfunktionen wahrgenommen oder auch nicht wahrgenommen hat, käme da gerade recht. Wer das mit Gelehrsamkeit bis an den Rand gefüllte umfangreiche Werk von Klaus Roth durchstudiert hat, wird sich danach über Mangel an Wissen hierüber nicht beklagen können. Und wer bisher meinte, sich in seiner Weltbetrachtung auf die Gesellschaft konzentrieren zu können, wird einsehen, daß er dem Faktor Staat in der Geschichte eine vergleichbare Bedeutung zuerkennen muß.

Die Absicht des Autors geht allerdings gerade nicht auf das, was der Titel suggeriert. Nicht eine Genealogie des Staates in seiner Realität ist beabsichtigt, sondern ein Nachvollzug des Denkens darüber, wie der Untertitel denn auch erkennen läßt. In einer den

Sprachgebrauch der Geschichtswissenschaft unterlaufenden Unbedingtheit will der Autor zudem den Ausdruck „Staat“ auf jenes Gebilde der europäischen Neuzeit beschränkt wissen, das sich selbst so nannte – den modernen Flächenstaat, der, wie betont wird, erst später zum Nationalstaat wurde. Davor war anderes, nämlich, historisch der Reihe nach: Polis, Reich, Ekklesia. Was sie alle verbindet, ist das Politische. Und auch dieses ist primär als ein Denken gefaßt, als Politikdenken. In der Polis allerdings ging ihm eine Praxis voraus, ihr folgte die Theorie, und diese hielt sich durch, auch als die Polis vergangen war. Dem nachzuspüren ist die Absicht der Untersuchung. Denn der Autor ist überzeugt, daß wesentliche Elemente, aus denen der „Staat“, also der moderne Flächenstaat, konstituiert wurde, sich in seiner Vorgeschichte finden und vom neuzeitlichen Staatsdenken, dem die Institutionalisierung des Staates maßgeblich zugeschrieben wird, auch bewußt aufgegriffen wurde, so daß ohne sie gar nicht begriffen werden kann, was den „Staat“, bzw. die „Idee des Staates“ ausmacht.

Das Politische – dieser Ausdruck läßt an Carl Schmitt denken. Und in der Tat geht es dem Autor darum, Schmitts Bestimmung des Politischen aus dem Verhältnis der Staaten zueinander nicht zu verwerfen, sondern nach innen hin zu ergänzen. Daraus wird dann aber doch weithin eine Vertauschung. Auch Klaus Roth zieht den Begriff des Politischen von der Realität der Polis ab, aber in ihn geht der Machtfaktor kaum ein, sondern die Definition beschränkt sich auf eine Gemeinde freier und gleicher Bürger, die über ihre Angelegenheiten öffentlich selbst bestimmen und nur dem Oikos, nämlich der dem Hausherrn (griech. *despotes*) untergebenen Hauswirtschaft, noch Herrschaftsverhältnisse zugestehen. Durch die europäische Geschichte hindurch bis hin zum „Staat“, der neuzeitlichen Organisation des Politischen, sucht der Autor aus der Theoriesphäre in die Realität hinabzusteigen und breitet sie auch umfänglich aus, um die Theorien aus ihrem gesellschaftlichen Umfeld heraus zu verstehen und zugleich den Leser an seiner Grabungsarbeit teilnehmen zu lassen, die überall in den großen gesellschaftlichen Formationen Europas das Politische zutage zu fördern

sucht, das den Politikdenkern der Neuzeit als Baustein zu ihrem Staatsgebäude gedient hat. Und immer wieder wird er fründig.

Schon im alten Israel entdeckt er Ansätze zum Politischen, die allerdings auf Krisenzeiten beschränkt bleiben, seine eigentliche Geburtsstätte findet sich in der Polis. Anknüpfend an Eric Voegelin macht er vor allem die Religion, und zwar die christliche, als Form des Politischen aus, die das auf die Polis schließlich folgende „Reich“, zuerst das Römische und dann auch das mittelalterliche, kennzeichnet. Die Gemeinde des Urchristentums sieht er als – wiewohl gegen alle große Politik sich wendende – politische Gegenründung gegen das Römerreich an. Was einst Selbstbestimmung von Bürgern war, wird hier zu Liebe und Fürsorge, die aber allen Menschen grundsätzlich zugedacht ist. Die Gemeinden schlossen sich zur Ekklesia zusammen. Diese entsprach dem griechischen Oikos, verblieb jedoch – damit an das Vorbild der ecclesia, nämlich der Volksversammlung in der Polis sich haltend – zunächst in herrschaftsfreier Kommunikation, bis die Kirche schon in römischer Zeit das politische Leben der urchristlichen Gemeinden durch ihren „hierarchischen Herrschaftsapparat“ (305) korrumpierte. Im Mittelalter geht der Fürsorgegedanke zwar nicht verloren, doch das Politische spaltet sich jetzt in die Suche nach neuen Gemeinschaftsformen in den unteren und mittleren Schichten, und in die Bindung an die christliche Reichsidee bei den Oberen. Mit der Christianisierung der Politik gelangen Religion und Politik zu einer, allerdings in zerstörerischen Differenzen ausgetragenen, Einheit, die auch als „Verfilzung“ (386) vorgestellt wird. Die Trennung von Staat und Kirche wird dann, neben der Souveränität und einigem anderen, zu einem Wesensmerkmal des modernen Flächenstaates, also des „Staates“.

Dessen Zeit sieht Roth heute abgelaufen. Als Indiz dafür gilt ihm die Europäische Union. Einen Weltstaat hält er für eine unmögliche Idee. Desto mehr kommt es ihm darauf an, den Sinn für Alternativen zu jenem Staat zu schärfen, wie wir ihn jetzt noch haben. Die Genealogie des Staates sei keine einlinige Entwicklung, man habe sich immer auch anders entscheiden können. Und so stehen auch heute noch die

großen geschichtlichen Paradigmen des Politischen – Polis, Ekklesia und Reich – dem Staat gegenüber, zu Gedanken anregend, die über ihn hinaus zu Alternativen führen könnten.

Die Staatsidee wird als nur eine der Ausformungen des Politischen eingeführt. Dieses gibt den Maßstab, nach dem die Realität in die Darstellung aufgenommen wird. Was von der Realität zu halten sei, steht dem Autor von vornherein fest. Sie weist vor allem ein Merkmal auf: Kontingenz. Roth setzt sich grundsätzlich von Hegel ab und hat mit ihm doch eines gemeinsam: Hegel konstruierte den logischen Gang einer Geschichte, die eine des Bewußtseins war, die materielle Realität brachte er gewissermaßen als Füllmasse mit hinein. Roth streicht den logischen Gang, und so bleiben ihm die wirklichen Ereignisse gewissermaßen als ein Schutt, in dem man schon wühlen muß, wenn man zu den wertvollen Fundstücken gelangen will, den Goldgräbern ähnlich oder den Archäologen. Auf Foucault wird ausdrücklich verwiesen. Da bleibt dann doch die idealistische Tradition noch erhalten; das Politische wird zu etwas, das zunächst ein Gedachtes ist, um sich sodann in realen Institutionen zu „materialisieren“.

An die Strukturen und Entwicklungszüge der gesellschaftlichen und eben auch politischen Realität, wie sie die Geschichtswissenschaft in Verwandtschaft zum historischen Materialismus oder sogar in dessen ausdrücklicher Konkretisierung so erfolgreich herausgearbeitet hat (man denke nur an die Analyse des Mittelalters durch die Annales-Schule), ist mit solcher Methode nicht heranzukommen.

Roth läßt die modernen Staaten vor allem aus dem Kampf zwischen Kaiser und Papst und deren gegenseitiger Macht-Relativierung hervorgehen. Doch er betont: Es hätte auch alles ganz anders kommen können, weil von historischer Gesetzmäßigkeit hier nicht die Rede sein könne, sondern das ungeplante Zusammenspiel zahlreicher Faktoren den Lauf der Dinge bestimmt habe.

Allen Ernstes vermutet er, daß im Falle eines Sieges der Papstkirche noch heute „ein hierokratisch-papalistisches Regime die Geschehnisse des gesellschaftlichen Lebens in Europa bestimmen“ (397) würde. Ebenso hält

er es für möglich, daß dann, wenn damals die Durchsetzung des Kaisertums gelungen wäre, wir es ebenfalls heute noch mit einer „Politik des Abendlandes“ zu tun hätten, die von der „Vision eines christlichen Reiches“ (ebd.) geleitet wäre. So rächt sich die Ausschaltung fundierender, von der Geschichtswissenschaft herausgearbeiteter Momente der Realität zugunsten einer dem Dogma der Kontingenz vertrauensvoll ergebenden Politologie.

Einer empirischen Sozialforschung, die von der nicht hinweginterpretierbaren Tatsache ausgeht, daß die Menschen Lebewesen sind, die unter der Naturnotwendigkeit stehen, ihr täglich Brot nicht nur sich zu beschaffen, sondern auch noch selbst herzustellen, wird es nicht einfallen, die Geschichte in eine Folge von Zufallsbegebenheiten aufzulösen. Sie wird ihr auch nicht ein Gesetz unterlegen, nach dem sie genau nur so ablaufen konnte, wie sie es getan hat. Aber sie wird das Möglichkeitsfeld freilegen, das unterschiedliche Entscheidungen zuläßt, ihnen aber auch unverrückbare Grenzen setzt. Die Menschen, die das mittelalterliche Feudalsystem hervorbrachten, hätten sich nicht auch für ein Ensemble von Stadtstaaten entscheiden können, und ebensowenig war dies den modernen, kapitalistisch wirtschaftenden Bürgern möglich, obschon sie es anfangs vor allem in Italien versucht haben. Sie mußten scheitern. Und das läßt sich aus den existierenden gesellschaftlichen Notwendigkeiten auch sehr wohl begründen. Wo Menschen zusammenleben, bedürfen sie der Kooperation. Die reduziert sich nicht auf ihre materielle Produktion, sondern bezieht ihre ganze sinnlich-geistige Existenz mit ein. In der Polis nahm sie die Form einer öffentlichen Selbstbestimmung freier Vollbürger an, unter Ausschluß allerdings aller anderen. Darin erschöpfte sich das „Politische“ nicht, aber es bezeichnete einen Aspekt, der sich in der gesamten europäischen Geschichte durchgehalten hat. Diese Kontinuität hat Klaus Roth eindringlich herausgearbeitet, indem er auch die christliche Religion als eine Ausprägung des Politischen mit hineinnahm.

In der Gegenwart hängt das Geschick Europas nicht zuletzt davon ab, ob es dieser Kulturformation gelingt, ihren immer exzessiver

werdenden Individualismus in Gemeinformen einzubinden, die man im Sinne der an die Polis sich anschließenden Tradition „politisch“ nennen kann. Bei aller grundsätzlichen, vor allem methodischen Kritik, die zu üben ist, täte die europäische Linke gut daran, die Genealogie von Klaus Roth entgegen seiner demonstrativen Skepsis als einen weiteren, wichtigen Anstoß zur Besinnung auf jene Gesetze des Handelns aufzunehmen, unter die nicht nur Europa, sondern die ganze Menschheit sich heute wird begeben müssen, wenn sie ihre Existenz nicht in Frage stellen will.

Klaus Roth: Genealogie des Staates. Prämissen des neuzeitlichen Politikdenkens (Beiträge zur politischen Wissenschaft 130). Berlin: Verlag Duncker und Humblot 2003, 940 Seiten

Lutz Kirschner, Christoph Spehr (Hg.):

Out of this world! *reloaded*

Neue Beiträge zu Science-Fiction, Politik & Utopie

Der Band präsentiert Beiträge der *Out of this world!*-Kongresse 2002 und 2003. Gemeinsam sind ihnen drei Grundannahmen. Erstens, dass Science Fiction (mit all ihren Verwandten) eine Genre-Familie ist, die sich in besonderer Weise dazu eignet, Utopien auszuprobieren und die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu diskutieren. Zweitens, dass populäre Kultur etwas ist, womit es sich zu beschäftigen lohnt; weil darin Alltagserfahrungen, Widerständigkeiten, utopische Überschüsse, politische Einsichten und transformatorische Haltungen aufbewahrt sind, und zwar in hoher Dichte und bildmächtiger Gestalt. Drittens, dass man diese politisch-kulturellen Sprachen auch sprechen können muss, aktiv daran teilnehmen, weil nur durch sie hindurch eine Umwälzung der Verhältnisse möglich ist.

Einführung: Spehr: Out of this world! – reloaded – revolutions

Basics: Haug: Anarres revisited; Hammerschmitt: Plädoyer gegen die Utopie in der Science Fiction; Chlada: Utopische Denken in der Postmoderne; Kinder/Kretschmer/Pallmer: Living Trekism

Matrix, Star Trek, Empire: Schmidt: Matrix, Empire und die prekären Subjekte des Widerstands; Rainer: Starke Frauen im Hollywoodfilm; zur Nieden: Cyberbarbie goes Enterprise

Jenseits von Hollywood: Kirschner: Fühmanns „Saiäns-Fiktschen“; Nduka: Utopie in der afrikanischen Literatur

Einen Planeten bewohnbar machen: Schlemm: Science Fiction und die Revolution; Scurrell: Vorsorgendes Wirtschaften als konkrete Utopie; Nissen: Das alternative Währungssystem von Christiania; Haude: Herrschaftsfreies Zusammenleben;

Kaschinski: Mission to Mars

Bonus-Tracks: Time Is On My Side; The p-files. Power, Property, Patriarchy

ISBN 3-320-02945-1, 224 Seiten, 9,90 €

Bestellungen im Buchhandel oder

Karl Dietz Verlag Berlin (k-dietzverlag@t-online.de)

Rosa-Luxemburg-Stiftung (kirschner@rosalux.de)

Berliner Debatte Initial 16 (2005) 1

Sozial- und geisteswissenschaftliches Journal

© GSFP – Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Forschung und Publizistik mbH. Herausgegeben im Auftrag des Vereins Berliner Debatte INITIAL e.V., Präsident Peter Ruben. Berliner Debatte Initial erscheint alle zwei Monate.

Redaktion: Henri Band, Harald Bluhm, Erhard Crome, Scott Gissendanner, Birgit Glock, Wladislaw Hedeler, Wolf-Dietrich Junghanns, Cathleen Kantner, Lutz Kirschner, Rainer Land, Ingrid Oswald, Udo Tietz, Jan Wielgoß, Andreas Willisch, Rudolf Woderich, Verantwortlicher Redakteur: Hartwig Schmidt (VISP)

E-Mail: redaktion@berlinerdebatte.de

Internet: www.berlinerdebatte.de

Copyright für einzelne Beiträge ist bei der Redaktion zu erfragen.

Abo-Bestellungen: inter abo, PF 360520, 10975 Berlin; Tel. (030) 61105475, Fax (030) 61105480. Das Abonnement gilt für ein Jahr und verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf gekündigt wird.

Preise: Einzelheft 10 €, Doppelheft 20 €

Abonnement: Jahresabo 35 €

Ausland zuzüglich Porto. Studenten, Rentner und Arbeitslose 18 €, Nachweis beilegen. Ermäßigte Abos bitte nur direkt bei *Berliner Debatte Initial* per Post oder per Fax bestellen.

Einzelhefte werden per Post mit Rechnung verschickt. **Bestellungen:**

leidenschaften@berlinerdebatte.de

Tel.: +49-39931-54726, **Fax** ... 54727

Post: PF 58 02 54, 10412 Berlin

pdf-Dateien: siehe www.berlinerdebatte.de

Autorenverzeichnis

Bartholomäus Figatowski,
Literatur- und Sozialwissenschaftler,
Universität zu Köln

Wladislaw Hedeler, Dr.,
Philosophiehistoriker, Berlin

Annette Schlemm,
Physikerin und Philosophin, Jena

Antje Schrupp, Dr.,
Politologin und Journalistin, Frankfurt am Main

Christoph Spehr, Dr.,
Sozialwissenschaftler, Intkom e.V. Bremen

Jakob Schmidt,
Kulturwissenschaftler, Humboldt-Universität zu Berlin

Ulrich Busch, Dr.,
Wirtschaftswissenschaftler, Berlin

Jannis Johann,
Student der Politikwissenschaft, Betriebswirtschaftslehre, Musikwissenschaft; Georg-August-Universität Göttingen

Jörg Nicht, M. A.,
Erziehungswissenschaftler, Promotionsstipendiat, Universität Potsdam

Bettina Reimann, Dr.,
Stadtsoziologin, Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin

Friedrich Tomberg, Prof. Dr.,
Philosoph, Ebikon (Schweiz)

Berliner Debatte Initial Bestellung:

Ich bestelle ein Abonnement der Berliner Debatte INITIAL ab Heft

- Das Abonnement soll für ein Jahr befristet werden.
- Das Abonnement soll gelten, bis ich es abbestelle. Abbestellung jederzeit.
- Abonnement 35 Euro (Ausland zuzüglich 6 Euro Porto).
- Ermäßigt 18 Euro (Studenten, Rentner, Arbeitslose, Wehr- und Zivildienstleistende)
Nachweis bitte beilegen.

Vorname, Name:

Straße, Nr.:

Postleitzahl:

Ort:

Telefon:

Ich wünsche folgende Zahlungsweise:

- Jahresrechnung
- Bargeldlos: halbjährliche Abbuchung. Bankinstitut:
Konto-Nr.: Bankleitzahl:

Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen (Poststempel) bei der Bestell-
adresse schriftlich widerrufen kann.

Datum:

Unterschrift:

Name:

Straße und Nr.

PLZ, Ort:

Abonnement erworben von:

Antwortkarte

Bitte
frankieren

**Berliner Debatte
Initial
PF 58 02 54**

10412 Berlin

www.berlinerdebatte.de

Bestellungen: leidenschaften@berlinerdebatte.de